

Pressemitteilung Thilo Hoppe, 28. Juni 2012, Berlin

Ich werde dem Fiskalpakt nicht zustimmen

Der Deutsche Bundestag wird morgen Abend aller Voraussicht nach dem Fiskalpakt zustimmen. Die bei dieser Entscheidung - ähnlich wie für eine Verfassungsänderung - notwendige Zweidrittelmehrheit ist nicht in Gefahr, weil auch die Fraktionsführungen von SPD und Grünen ihren Bundestagsabgeordneten empfehlen, morgen mit Ja zu stimmen.

Der einzige Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Aurich-Emden, Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) hat trotzdem vor, Nein zu sagen und gehört damit zu einer Gruppe von etwa 15 Abweichlern bei den Grünen. Auch in der SPD-Fraktion wird es eine Minderheit von etwa gleicher Größe geben, die den Vorgaben der Partei- und Fraktionsführung nicht folgt und den Fiskalpakt ablehnt.

"Ich kann dem Fiskalpakt deshalb nicht zustimmen, weil er von keinerlei Maßnahmen flankiert wird, die den Zinsdruck von den Krisenländern nehmen", erklärt Hoppe gegenüber der Presse. "Ganz Europa einen eisernen Sparkurs aufzuzwingen, werde in vielen Länder zu Sozialabbau und dem Verkauf von staatlichen Einrichtungen wie Universitäten, Krankenhäusern und der Eisenbahn führen", meint Hoppe, der keineswegs großen, auf Pump finanzierten Wachstumspaketen das Wort redet.

Notwendig sei es jetzt, dafür zu sorgen, dass die Staaten, die in Bedrängnis geraten sind und sich Spekulationsangriffen ausgesetzt sehen, sich Geld zu halbwegs zumutbaren Konditionen leihen können. Dies wäre, so Hoppe, mit einem Altschuldentilgungsfonds und der Ausgabe von Eurobonds möglich, denen sich Bundeskanzlerin Merkel aber nach wie vor heftige widersetze.

Auch Hoppe räumt ein, dass in den europäischen Krisenländern Reformen nötig seien und dass dort gespart werden müsse. "Aber nicht nach dem Motto Operation geglückt, Patient tot!" Der Fiskalpakt werde zu einem so drastischen Sparkurs zwingen, der es einigen Krisenländern nicht mehr ermögliche, auf einen grünen Zweig zu kommen.

Hoppe wird nun von der Fraktions- und Parteiführung vorgeworfen, er missachte das Votum des Länderrats (kleiner Parteitag), der der grünen Bundestagsfraktion die Zustimmung empfiehlt. Hoppe weist aber darauf hin, dass dieser Beschluss des Länderrats mit 40 zu 37 denkbar knapp ausgefallen sei und es deshalb angemessen sei, wenn eine kleine Gruppe von grünen Abweichlern auch die Position der vielen Fiskalpaktgegner, die es in der Partei gebe, im Bundestag repräsentiere. Der Kreisverband Emden der Grünen und "die gefühlte Mehrheit" im Kreisverband Aurich würden ihm in dieser Frage den Rücken stärken. Einen formellen Beschluss habe es aber im Kreisverband Aurich nicht gegeben.

Hoppe legt Wert darauf, zu betonen, dass es zwischen ihm und den eher euro-skeptischen Abweichlern in den Koalitionsfraktionen - wie zum Beispiel Schäffler (FDP) und Gauweiler (CSU) - kaum Gemeinsamkeiten gebe. Hoppe:

"Wir werden die Krise nur mit mehr und nicht mit weniger Europa lösen".

Dem ESM, Hauptkritikpunkt von Schäffler, Gauweiler und Co. wird Hoppe "mit Bauchschmerzen" zustimmen. Obwohl der ESM viele Konstruktionsfehler habe, müsste jetzt schnellstens eine Brandmauer hochgezogen werden, um Angriffe von Spekulanten abzuwehren.

Die Politik sollte sich nun mit aller Kraft auch darauf konzentrieren, eine starke europäische Bankenaufsicht zu installieren und die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte zu kontrollieren, meint Hoppe. Er sei sich darin auch mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen einig: Die Finanzwirtschaft müsse endlich wieder der Realwirtschaft dienen. Die Umkehrung dieses Verhältnisses, so wie wir es zur Zeit erleben, sei, so Hoppe "einfach nur pervers".